



Nr. 43

2. Dezember 2015

## Inhalt

[60 Jahre vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales:](#)

[Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit in Jobcentern gefordert](#) +++

[Kongress zur Familienpolitik: Gleichstellung voranbringen -  
Teilzeit aufwerten](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb m-v: Weiterer Stellenabbau im öffentlichen](#)

[Dienst verantwortungslos](#) +++

[komba gewerkschaft: Ehrenamt einfach unbezahlbar](#) +++

[Zollgewerkschaft: Personal nicht zur Verfügungsmasse erklären](#) +++

[BVÖGD: Neue Arztstellen in Gesundheitsämtern „wichtiges Signal“](#) +++

[60 Jahre vbba – Leistungen der Gewerkschaft Arbeit](#)

[und Soziales gewürdigt](#) +++

[VRRF für Festanstellungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk](#) +++

[VDR: Schule hat Schlüsselfunktion bei der](#)

[Integration von Flüchtlingen](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **60 Jahre vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales: Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit in Jobcentern gefordert**

**(dbb) Die immer mehr auseinanderdriftende Bezahlung in den Jobcentern ist „ein Ärgernis“ und muss beseitigt werden. Das hat der Zweite Vorsitzende des dbb, Willi Russ, bei einer Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der vbba –Gewerkschaft Arbeit und Soziales am 27. November 2015 in Nürnberg betont. Die kommunalen Arbeitgeber dürften sich nicht länger um dieses Thema herumdrücken. Der dbb beamtenbund und tarifunion habe in zurückliegenden Verhandlungen mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) dieses Problem häufig angesprochen und auf eine Lösung gedrängt, sei aber damit bei den Arbeitgebern bislang auf taube Ohren gestoßen. „Wir werden aber mit unserer Forderung nicht nachlassen, dass hier dem Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ zum Durchbruch verholfen werden muss“, versicherte Russ.**

Der dbb Vize würdigte die vor sechs Jahrzehnten gegründete vbba als „maßgebliche und mitgliederstarke Organisation“, die als Fachgewerkschaft in der Bundesagentur für Arbeit (BA) und darüber hinaus wirksam die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertrete und „in Zukunft noch stärker gefordert sein wird“. Der Festakt zum 60-jährigen Bestehen stand unter dem Motto „Flucht – Schutz – Integration – Eine historische Herausforderung“. Selten seien Politik und Gesellschaft so herausgefordert wie durch die aktuellen Entwicklungen, stellte Russ fest und würdigte die Anstrengungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, darunter auch in der BA und in den Jobcentern: „Sie alle leisten in dieser Zeit unendlich viel dafür, dass Deutschland diese Herausforderung bewältigt – ‚es schafft‘!“

Der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt komme eine Schlüsselfunktion zu, stellte Russ weiter fest. Viele Unternehmen seien bereit, Flüchtlinge zu beschäftigen, aus- und weiterzubilden. Darin liege einerseits eine Chance zur Fachkräftegewinnung, andererseits biete es den Migranten die Möglichkeit, schnell und eigenständig für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. „Zugleich sollte überlegt werden, an

welchen Stellen bürokratische Hürden für alle Beteiligten reduziert und Förderinstrumente frühzeitig eingesetzt werden können.“ Russ dankte „allen, die sich täglich neben den zahlreichen originären Aufgaben um die Beratung, Vermittlung und Integration in den Arbeitsmarkt bemühen“. Dies erfordere enormen Einsatz und Geschick, konfrontiere mit menschlichen Einzelschicksalen und beschäftige die Kolleginnen und Kollegen weit über den Arbeitstag hinaus. Damit die Integration der Flüchtlinge gelinge, „braucht Deutschland in vielen Bereichen der Verwaltung mehr Personal, viel mehr Personal“, konstatierte Russ. Nach dbb-Schätzungen fehlen dem Staat derzeit fast 180.000 Mitarbeiter. Die Politik müsse Prioritäten setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung sorgen.

Die vbba unter dem Dach des dbb vertritt unter dem Motto „offen – engagiert – nachhaltig“ die Interessen ihrer Mitglieder - Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamte - in Arbeitsagenturen und Jobcentern. Der dbb werde die Gewerkschaft bei der Durchsetzung ihrer berufspolitischen Forderungen auch künftig nach Kräften unterstützen, versicherte Russ.  
(01/43/2015)

## **Kongress zur Familienpolitik: Gleichstellung voranbringen - Teilzeit aufwerten**

**(dbb) Auf der Konferenz „Familienpolitik weiter denken: Wirksame Leistungen für die geforderte Generation“ hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) am 1. Dezember 2015 die aktuellen Familienleistungen erneut auf den Prüfstand gestellt. Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, begrüßte die kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Maßnahmen. „Mütter wünschen sich mehr Zeit für ihren Beruf und Väter mehr Zeit für ihre Kinder. Um diesem Anspruch der Eltern an ihr Leben gerecht zu werden, muss sich Familienpolitik stärker an einer partnerschaftlichen Aufteilung der Familienarbeit orientieren. Dazu gehören die passenden Leistungen, die Eltern mit Kindern bei der Organisation von Familien- und Er-**

**werbsarbeit unterstützen. Langfristig kann so auch die Schlechterstellung vieler Frauen aufgehoben werden, die sich überwiegend um Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern.“**

Eine Annäherung der Wochenarbeitszeiten von Männern und Frauen trage dazu bei, Teilzeitarbeit aufzuwerten, so Wildfeuer. „Strukturelle Benachteiligungen der überwiegend weiblichen Teilzeitkräfte lassen sich nur mindern, wenn auch mehr Männer Teilzeit nutzen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Hier sollte die Familienpolitik gezielt Anreize setzen und partnerschaftliche Arbeitsaufteilung etwa im Steuersystem belohnen.“

Gleichzeitig müssten öffentliche Arbeitgeber Eltern aktiv unterstützen, wenn sie sich gleichberechtigt um Einkommen und Haushalt kümmern wollen. „Neben der Abkehr von starren Präsenzzeiten und späten Sitzungsterminen muss die Option von alternierender Telearbeit Standard in den öffentlichen Verwaltungen sein. Wo es die Tätigkeit erlaubt, muss Telearbeit vorurteilsfrei für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugänglich gemacht werden“, so Wildfeuer.  
(02/43/2015)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **dbb m-v: Weiterer Stellenabbau im öffentlichen Dienst verantwortungslos**

**(dbb) Der jahrelange Stellenabbau im öffentlichen Dienst Mecklenburg-Vorpommerns sei „verantwortungslos gegenüber der Bevölkerung“. Das sagte dbb Landeschef Dietmar Knecht auf dem Rechtspflegertag 2015 des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) am 25. November 2015 in Rostock. Schon im Tagesgeschäft habe der Personalmangel für längere Bearbeitungszeiten von Bürgeranliegen in Ämtern und Behörden und zu fehlenden Polizisten auf den Straßen geführt. „Jetzt, wo Deutschland den öffentlichen Dienst so dringend braucht wie seit der Wende nicht mehr, rächt sich die Sparwut – über 110.000 gestrichene Stellen in Mecklenburg- Vorpommern seit 1990 zeugen davon“, so Knecht.**

Selbst wenn sich Mecklenburg-Vorpommern wie andere Bundesländer entschließen würde, wieder mehr Beamte und Tarifbeschäftigte einzustellen, könne der Arbeitsmarkt die Anforderungen derzeit nicht erfüllen: „Lehrer, Polizisten und Justizbeschäftigte fallen nicht vom Himmel. Sie müssen entweder aus anderen Bundesländern abgeworben werden, wozu die Konditionen, die das Land anbieten kann, nicht geeignet sind. Oder sie müssen ausgebildet werden, und das dauert Jahre.“ Leidtra-

gende dieser fatalen Entwicklung seien Bürger und Beschäftigte gleichermaßen: Die Bürgerinnen und Bürger, weil ihnen immer mehr Leistungen vorenthalten werden, die sie eigentlich mit ihren Steuern finanzieren. Die Beschäftigten, weil immer weniger Personal immer mehr Aufgaben erledigen muss. Daher sei eine umgehende Kehrtwende in der Personalpolitik des öffentlichen Dienstes erforderlich.  
(03/43/2015)

### **komba gewerkschaft: Ehrenamt einfach unbezahlbar**

**(dbb) Ehrenamtliches Engagement hat Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft und dbb Vize, als wertvollen Bestandteil unserer Gesellschaft gewürdigt. Zum Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember erklärte er: „Wachsender Individualismus prägt unsere Zeit. Umso wichtiger ist es, Werte wie Hilfsbereitschaft und Verantwortung zu leben. Genau das tun die Ehrenamtlichen. Ihnen gilt ein großer Dank.“**

Für andere einzustehen sei ein wesentlicher Faktor für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Das zeige sich derzeit vor allem in der Flüchtlingssituation. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger engagierten sich unermüdlich für notleidende Menschen und sorgten für ein

solidarisches Miteinander. Im besten Fall bereichere und ergänze die ehrenamtliche Arbeit bestehende Strukturen. „Damit sich auch weiterhin Menschen für ein freiwilliges Engagement entscheiden, müssen die Bedingungen, aktiv zu werden und es auch zu bleiben, at-

traktiv sein. Ehrenamt darf darüber hinaus nicht dazu benutzt werden, dauerhaft staatliche Leistungen zu ersetzen oder Mängel zu kompensieren“, sagte Silberbach.

Der internationale Tag des Ehrenamtes wird jährlich am 5. Dezember begangen und würdigt das Engagement aller ehrenamtlich Aktiven.  
(04/43/2015)

## Zollgewerkschaft: Personal nicht zur Verfügungsmasse erklären

**(dbb) In der Debatte über den Einsatz von Zollvollzugskräften zur Terrorabwehr hat der Bundesvorsitzende des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Dieter Dewes, einer weiteren Amtshilfe für die Bundespolizei eine klare Absage erteilt. Im Rahmen von Abordnungen zu Bundespolizei und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) leisteten die Zöllnerinnen und Zöllner bereits jetzt einen erheblichen Beitrag. Einer weiteren Abordnungspraxis dürfe nicht Vorschub geleistet werden – erst recht nicht von einer Gewerkschaft, betonte Dewes am 25. November 2015.**

Die Unterstützung von Bundespolizei und BAMF bei der Einreise von Flüchtlingen stelle für den Zoll bereits jetzt eine harte Bewährungsprobe dar. Bundespolizei und BAMF wurden bisher eine Verstärkung durch insgesamt 470 Beschäftigte des Zolls zugesagt, um die mit der Ankunft von Flüchtlingen in Deutschland verbundenen Herausforderungen zu bewältigen. „Eine weitere personelle Ausdünnung kann sich der Zoll beim besten Willen nicht leisten“, so Dewes. Es sei selbstverständlich,

dass die Bundeszollverwaltung als Teil der Sicherheitsarchitektur des Bundes in enger Kooperation mit der Bundespolizei auftrete und sich in Krisen besonders engagiere. Nicht hinnehmbar sei jedoch, wenn der Zoll zur „Verfügungsmasse“ erklärt werde, der die Lücken schließe, die andere Verwaltungen in der Vergangenheit durch Stellenabbau gerissen hätten.  
(05/43/2015)

## BVÖGD: Neue Arztstellen in Gesundheitsämtern „wichtiges Signal“

**(dbb) Angesichts des weiterhin starken Zustroms von Asylbewerbern hat die Bayerische Staatsregierung beschlossen, im Nachtragshaushalt 2016 zusätzliche 70 Stellen für Ärztinnen und Ärzte an den Gesundheitsämtern auszubringen. „Mit der Initiative, den öffentlichen Gesundheitsdienst personell zu stärken, hat die Staatsregierung den richtigen Weg eingeschlagen“, stellte die Vorsitzende des BVÖGD (Bundesverband öffentlicher Gesundheitsdienst), Ute Teichert, am 26. November 2015 fest. „Wir erwarten, dass auch in den anderen Bundesländern eine Trendwende vom Stellenabbau hin zu einer personellen Verstärkung des ÖGD erfolgt.“**

Im Rahmen der Zuwanderung von Flüchtlingen spielt die medizinische Versorgung eine große Rolle. „Die Flüchtlinge sind nach ihrer Flucht geschwächt und häufiger krank als andere Menschen. Deshalb ist der öffentliche Gesundheitsdienst vor Ort gefordert, zusammen mit den Leistungserbringern im Gesundheitssystem die Erstuntersuchungen der Flüchtlinge durchzuführen. Auch mögliche Behandlungen sind kurzfristig zu organisieren“, erläuterte Teichert.

In den vergangenen Monaten und Jahren sei immer wieder deutlich geworden, dass der ÖGD insbesondere in Krisensituationen regelmäßig an die Grenzen seiner Belastbarkeit stoße. „Das gilt nicht nur in der Flüchtlingsfra-

ge, sondern hat sich bei epidemiologischen Herausforderungen wie Ebola, EHEC, der Vogel- und Schweingrippe sowie SARS immer wieder gezeigt. Ein entscheidender Grund dafür sind die mangelnden personellen Ressourcen“, so Teichert. So sei die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in den Gesundheitsämtern in den vergangenen 18 Jahren um ein Drittel zurückgegangen. Die rund 2.500 Ende 2014 in den kommunalen Gesundheitsämtern tätigen Ärzte machten nicht einmal ein Prozent der 365.000 insgesamt in Deutschland berufstätigen Ärzte aus. „Ohne zusätzliche Stellen in den Gesundheitsämtern ist der öffentliche Gesundheitsdienst nicht in der Lage, seine wichtigen bevölkerungsmedizinischen Aufgaben in Krisensi-

tuationen zu bewältigen“, machte Teichert klar. Als weiterer Schritt sei eine Angleichung der Tarifgehälter der Ärztinnen und Ärzte in den Gesundheitsämtern unverzichtbar, da die

Gehälter der ärztlichen Kolleginnen und Kollegen um rund 1.000 Euro brutto im Monat niedriger liegen als die der Klinikärzte. (06/43/2015)

## 60 Jahre vbba – Leistungen der Gewerkschaft Arbeit und Soziales gewürdigt

**(dbb) Auf einem Festakt zum 60. Geburtstag der vbba sind am 27. November 2015 in Nürnberg die Leistungen der Gewerkschaft Arbeit und Soziales gewürdigt worden. Die Festveranstaltung stand unter dem Leitthema Flucht – Schutz – Integration – Eine historische Herausforderung.**

Dombrowski erinnerte daran, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Bundesagentur für Arbeit (BA) in der Vergangenheit immer wieder große Aufgaben und Herausforderungen gemeistert haben. Dabei nannte er unter anderem die Rekrutierung von Gastarbeitern, den zügigen Aufbau von BA-Strukturen in den neuen Bundesländern und die Sicherung des sozialen Friedens im Zuge des Zusammenbruchs der ostdeutschen Wirtschaft. Er sprach aber auch die schnelle und reibungslose Umsetzung der Regelungen zur Kurzarbeit an, die den Unternehmen in Deutschland die „Pole-Position“ für die Zeit danach sicherte. Der anhaltende Zuzug von Flüchtlingen und deren Versorgung und Integration stelle für den öffentlichen Dienst eine historische Herausforderung dar. Es müssten angemessene Rahmenbedingungen in personeller, infrastruktureller und finanzieller Hinsicht geschaffen werden.

Der bayerische Bildungsminister Ludwig Spaenle betonte, dass ein geordnetes Verfahren notwendig sei, um die Situation besser bewältigen zu können. Haupt- und ehrenamtlich Tätige seien am Limit ihrer Leistungsfähigkeit. Man wolle helfen, aber die „Bäume wachsen nicht in den Himmel“. Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der BA, dankte für die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der vbba. Weise, zugleich Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), berichtete von komplizierten Datenschutzregelungen, die zügige Bearbeitungsprozesse erschweren und den sinnvollen Austausch der beteiligten Institutionen verhindern. Das mache die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im BAMF nicht einfacher. (07/43/2015)

## VRFF für Festanstellungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

**(dbb) Der Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen in der Medienbranche stößt bei der Mediengewerkschaft VRFF auf Kritik. Im Gespräch mit der „Mainzer Zeitung“ (Ausgabe vom 24. November 2015) plädierte VRFF-Bundesvorsitzender Ulrich Eichblatt für Festanstellungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Zwar liege der Anteil der Festangestellten dort noch bei 50 Prozent, der öffentlich-rechtliche Rundfunk setze aber vermehrt auf prekäre Arbeitsverhältnisse wie befristete Arbeitsverträge, freie Mitarbeit, Zeitverträge, Werkverträge, Leiharbeit und Fremdvergaben, so Eichblatt.**

„Aus meiner Sicht glauben die Arbeitgeber, hiermit vermeintlich flexibler und kostengünstiger arbeiten zu können. Viele Beispiele aus der Praxis beweisen das Gegenteil“, so Eichblatt weiter. Prekäre, unsichere Arbeitsplätze „führen zu einem gesellschaftspolitischen Schaden“. Gerade Jüngeren werde der Start in das künftige Berufs- und Familienleben durch Perspektivlosigkeit erschwert, weil eine Zukunftsplanung unter solchen Voraussetzun-

gen schwerlich möglich ist. „In der Folge werden Erwerbsbiografien große Lücken aufweisen“, zeigte sich Eichblatt überzeugt. Sinnvoll seien Festanstellungen, die auf der einen Seite Zukunftsperspektiven für die Mitarbeiter bieten, auf der anderen Seite „durch Identifikation ein Garant für die hohe Qualität im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind“. (08/43/2015)

## VDR: Schule hat Schlüsselfunktion bei der Integration von Flüchtlingen

**(dbb) Auf seiner Herbsttagung in Weimar hat der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) das Fehlen eines zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten Rahmenkonzepts zur Aufnahme und Integration jugendlicher Kriegsflüchtlinge und Migranten in Deutschland kritisiert. Dies führe in den Schulen und Betreuungseinrichtungen zu einer „erheblich niedrigeren Effizienz von Maßnahmen“ sowie langfristig zur Demotivation von Lehrkräften und Betreuungspersonal, erklärte der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm am 30. November 2015.**

Mit einem „Weimarer Aufruf“ hat der VDR die Politik und Exekutive nun aufgefordert, umgehend Rahmenkonzepte mit klaren organisatorischen Strukturen und abgestimmten Verwaltungsabläufen vorzulegen. Im Einzelnen müsse darin die Beherrschung der deutschen Sprache als Grundvoraussetzung für erfolgreiche Integration stehen, hinzu kämen Wissen und Anerkennung der gesellschaftlichen Normen in Deutschland und die Befähigung, sich in beruflichen Ausbildungsgängen zu bewähren. Um diese Vorgaben erfüllen zu können, benötigten (09/43/2015)

die Schulen in allen Bundesländern professionell für diese Aufgabe vorbereitete Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter und eine entsprechende Zahl von Helfern und Paten. Diese sollten vor Ort für die Betreuung Einzelner und kleiner Gruppen zur Verfügung stehen. „Der Schule“, begründete Böhm die Forderungen seines Verbandes, „kommt in dieser Situation eine Schlüsselposition zu. Ihre personelle und sachliche Ausstattung entscheidet an herausgehobener Stelle mit darüber, ob Integration gelingt oder scheitert.“

## Namen und Nachrichten

(dbb) In einem Gespräch haben der Heidelberger Oberbürgermeister Eckart Würzner und der Vorsitzende des baden-württembergischen Beamtenbundes BBW und dbb Vize **Volker Stich** mit Blick auf die Flüchtlingskrise mehr Unterstützung vom Land gefordert. Im Patrick Henry Village in Heidelberg waren früher amerikanische Streitkräfte stationiert. Jetzt arbeiten dort Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, darunter Bundeswehrosoldaten, Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und viele Ehrenamtliche in der Flüchtlingsaufnahme – am Limit. Aktuell sei die Bewältigung der Aufgaben gerade „noch machbar“, sagte Würzner Ende November 2015 im Gespräch mit Stich. Wie lange noch, sei fraglich, da die Einrichtung ständig erweitert werde. Es fehle vor allem an Personal. Der Gedankenaustausch mit dem Heidelberger Oberbürgermeister gehört zu einer Reihe von Gesprächen, in denen Stich sich in Städten und Gemeinden über die Entwicklungen aufgrund der Flüchtlingszuwanderung informieren will. Heidelberg nimmt dabei eine herausragende Stellung ein, denn hier wurde ein landesweites Drehkreuz eingerichtet, in dem bis zu drei Viertel aller in Baden-Württemberg

ankommenden Flüchtlinge registriert und auf ihren Gesundheitszustand untersucht werden. Direkt nach Stellung des Asylantrags sie dann auf die Unterkünfte des Landes und der Kommunen verteilt werden, wo sie auf den Ausgang des Asylverfahrens warten.

Der Landesvorsitzende des dbb hamburg **Rudolf Klüver** hat das Nein der Bürger im Referendum zu Olympia 2024 im „Hamburger Abendblatt“ (Ausgabe vom 1. Dezember 2015) mit den Worten kommentiert: „Es wurde ganz einfach versäumt, die Kostenrisiken zu 100 Prozent deutlich zu machen; unbeantwortet blieb dabei die vom IOC geforderte quasi unbegrenzte Finanzbürgschaft für die Spiele. Ein solches Risiko einzugehen war für die Hamburgerinnen und Hamburger eingedenk der explodierenden Kosten für die Elbphilharmonie und aktuell für den Alten Elbtunnel ganz einfach unannehmbar.“ Viel zu gering seien zudem die Kosten für die innere Sicherheit veranschlagt worden. „Genau vor dieser Art der Schönrechnerei hatte der dbb hamburg gewarnt“, so Klüver.

Das im November 2014 für Syrer eingeführte beschleunigte Asylverfahren, das die persönliche Anhörung im Regelfall durch einen Frage-

bogen ersetzt, stößt beim VBOB weiter auf Kritik. **Hartwig Schmitt-Königsberg**, Bundesvorsitzender des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden, sagte in der ARD-Sendung „Report München“ (1. Dezember 2015): „Wir haben dann schon auf einmal mitgekriegt, dass die Anweisung kam: ‚Jetzt muss die Statistik stimmen. Jetzt brauchen wir schnelle Erfolge.‘ Und wir haben auch in den Medien ganz klar darauf hingewiesen, dass es so nicht sein kann, dass die geltenden Gesetze nicht eingehalten werden, nur um eine Statistik zu schönen.“ BAMF-Mitarbeiter betrachteten das neue Fragebogen-Verfahren als rechtswidrig, weil es zu Lasten der Sicherheit gehe. Die wichtigste Kontrollinstanz sei meistens ein nicht vereidigter BAMF-Dolmetscher. Schmitt-Königsberg wies darauf hin, dass die Dolmetscher in dem ganzen Prozess eine Schlüsselfunktion einnehmen. Sie könnten als einzige erkennen, ob die Sprachkenntnisse auch den Angaben des Asylantragstellers entsprechen, seien aber nicht verpflichtet, das zu sagen. „Und die Gefahr ist natürlich, dass dann Menschen Asyl bekommen, die durchaus auch ein Sicherheitsproblem darstellen können“, so der VBOB-Vorsitzende.

Als Reaktion auf die terroristischen Anschläge von Paris hat fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) die bundesweite Ausrüstung von Streifenwagen mit kugelsicheren Helmen gefordert. „Schusssichere Westen, die bei Bedarf angelegt werden können, reichen heutzutage nicht mehr. Die Anschläge von Paris haben gezeigt, dass wir auch die Streifenwagen mit schusssicheren Helmen ausrüsten müssen, auf die die Besatzung bei Bedarf schnell zugreifen kann“, zitiert die „Rheinische Post“ (Ausgabe vom 26. November 2015) den DPolG-Bundesvorsitzenden **Rainer Wendt**. Außerhalb der Spezialeinheiten verfügen bislang nur die Streifenbeamten in Baden-Württemberg über solche Helme. Sie wurden dort 2011 als Reaktion auf den Amoklauf von Winnenden angeschafft. Zwei Jahre zuvor hatte dort ein 17-jähriger Schüler 15 Menschen erschossen. Bayern hat angekündigt, ebenfalls rund 5.000 Streifenwagen mit entsprechenden Helmen auszustatten.

Vor allem in Bayern ist die Anzahl der eingereisten minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in den letzten Monaten sprunghaft angestiegen. Dies führt in den Familiengerichten zu einem sehr hohen Arbeitsanfall, der von den vorhandenen Rechtspflegern nicht mehr bewältigt werden kann. Darauf hat der Bund

Deutscher Rechtspfleger (BDR) am 30. November 2015 hingewiesen. Der bayerische Landtag plane deshalb zusätzliche Stellen ein. Da Rechtspfleger aber erst ein dreijähriges Studium absolvieren müssen, sei eine kurzfristige Entspannung der Arbeitsbelastung nicht in Sicht. „Wir müssen außerdem die Attraktivität des Rechtspfleger-Berufs deutlicher machen. Es ist ein sehr vielseitiger, verantwortungsvoller und eigenständiger Beruf, der für viele Abiturienten interessant sein kann“, erklärte der BDR-Bundesvorsitzende **Wolfgang Lämmer**. Das Thema werde auch auf der Präsidiumssitzung des BDR am 4. und 5. Dezember 2015 in München behandelt.

Mit der Gesamtforderung nach Einkommensverbesserungen in Höhe von 5,6 Prozent für zwölf Monate ist die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) am 25. November 2015 in Berlin in die Vergütungsrunde 2016 mit der AOK-Tarifgemeinschaft gestartet. Ein erstes Angebot der Arbeitgeber mit einem Gesamtvolumen von 2,7 Prozent bei einer Laufzeit von 24 Monaten hat die GdS-Tarifkommission unter Führung des GdS-Bundesvorsitzenden **Maik Wagner** als nicht akzeptabel zurückgewiesen. „Unsere Mitglieder erwarten nicht nur den Inflationsausgleich, sondern eine faire Teilhabe am Unternehmenserfolg der AOK“, kommentierte Wagner das unzureichende Angebot der AOK-Arbeitgeber. Die Tarifverhandlungen sollen am 16. und 17. Dezember 2015 in Berlin fortgesetzt werden.

13 Lehrkräfte und sechs Pädagogen-Teams aus sieben Bundesländern sind am 30. November 2015 in Berlin für ihre besonderen Leistungen mit dem diesjährigen Deutschen Lehrerprijs geehrt worden. Die Auszeichnung wird seit 2009 jährlich von der Vodafone-Stiftung und dem Deutschen Philologenverband (DPHV) vergeben. In diesem Jahr beteiligten sich nach Veranstalterangaben rund 3.800 Schüler und Lehrer an dem Wettbewerb. Der DPhV-Bundesvorsitzende **Heinz-Peter Meidinger** betonte mit Blick auf die ausgezeichneten Unterrichtsprojekte den hohen Stellenwert von Teamarbeit im heutigen Schulbetrieb: „Kooperatives Arbeiten in einem Lehrerteam ist eine zentrale Voraussetzung für einen gelungenen, modernen fachübergreifenden beziehungsweise fächerverbindenden innovativen Unterricht, der Schülerinnen und Schülern projektorientiertes Arbeiten ermöglicht. Teamarbeit bietet vielen Lehrkräften zudem nicht nur eine inhaltliche Bereicherung,

sondern auch Chancen der Entlastung in zeitlicher und organisatorischer Hinsicht.“ Meidinger empfahl die Ideen der Ausgezeichneten zur Nachahmung: „Beim Deutschen Lehrpreis ist Abschreiben erlaubt.“

Vor Beginn des Weltklimagipfels in Paris hat der Bund Deutscher Forstleute (BDF) richtungweisende Entscheidungen der Politik zum Schutz der Wälder gefordert. Damit diese ihre Schutzwirkung aufrechterhalten können, müsse dem Klimawandel wirksam begegnet werden. Für den Waldumbau und Aufforstungen benötigt man mehr finanzielle Mittel und mehr Personal, erklärte **Hans Jacobs**, Bundesvorsitzender des BDF, am 27. November 2015:

„Wir Forstleute stehen schon jetzt vor der Herausforderung, dass Klimaextreme wie Trockenheit, Hitzewellen und Stürme weiter zunehmen. Der Klimawandel ist die größte Herausforderung für die Erhaltung unserer Wälder“. Der Wald sei aber gleichzeitig ein Mittel im Kampf gegen den Klimawandel. „Er bindet große Mengen Kohlendioxid. Mit dem Wald und der Verwendung von Holz können wir daher etwas gegen den Klimawandel tun“, so Jacobs. „Der Wald ist in besonderem Maße bedroht, da dessen Anpassung an Umweltveränderungen Jahrhunderte benötigt.“ Diese Zeit habe man aber angesichts der rasanten, von Menschen gemachten Klimaänderungen nicht. (10/43/2015)

### **Termin zum Vormerken:**

#### **57. dbb Jahrestagung 2016**

„Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?“

Köln, 10. bis 12. Januar 2016